



Nr. 19

23. Mai 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

75 Jahre Grundgesetz

[Silberbach: „Unsere Demokratie ist stark. Für sie kämpfen müssen wir trotzdem.“](#)

dbb frauen

[75 Jahre Grundgesetz. Es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen und die nächsten Schritte für die Gleichberechtigung von Frauen zu diskutieren.](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[dbb berlin wird Senatsentwürfe zur Besoldungsanpassung und Erhöhung der Lebensarbeitszeit genau prüfen](#)

Schleswig-Holstein

[Fahrradleasing durch Entgeltumwandlung gefordert](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ

[Kampf gegen Schwarzarbeit: Zoll will mehr Personal, Technik und Befugnisse](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Haltung zeigen! Durch ganzheitliche Bildung, eigenes Erleben und im Unterricht](#)

VDL Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt

[Markus W. Ebel-Waldmann als VDL-Präsident bestätigt](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

75 Jahre Grundgesetz

Silberbach: „Unsere Demokratie ist stark. Für sie kämpfen müssen wir trotzdem.“

Viele Menschen sind hinsichtlich der Erosion demokratischer Normen besorgt. dbb Chef Ulrich Silberbach ruft alle demokratischen Kräfte auf, den Dialog zu suchen und Kompromisse zu finden.

Am 23. Mai 2024 wird das Grundgesetz 75 Jahre alt. Der dbb Bundesvorstand hat auch mit Blick auf dieses Jubiläum das Positionspapier „Demokratie stärken – Zusammenhalt fördern“ beschlossen. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach erklärte zu den Hintergründen: „Der Zusammenhalt in der Gesellschaft bröckelt. Populismus und Extremismus sind auf dem Vormarsch, das spüren wir alle jeden Tag. Das gilt nicht nur für die politischen Ränder, sondern für praktisch alle Teile der Gesellschaft. Ob zwischen Regierung und Opposition, Stadt und Land oder Arbeitgebern und Gewerkschaften; ob bei Politikfeldern wie Klimaschutz, Wirtschaft oder Verkehr. Überall gilt: Unterschiedliche Positionen und ein Ringen um die beste Position gab es schon immer. Aber heute werden Konflikte immer unversöhnlicher ausgetragen. Der Kompromiss scheint in Verruf geraten zu sein, auch medial wird fast nur noch nach „Gewinnern“ und „Verlierern“ gefragt. Diese Sicht auf die Welt ist brandgefährlich, denn – wie es in der Politikwissenschaft heißt: Demokratien sterben in der Mitte.“

Ein wesentliches Problem sieht der dbb Chef in der Erosion des Vertrauens in Politik und Verwaltung: „Wenn der Staat und seine Institutionen an Akzeptanz verlieren, ist das Wasser auf die Mühlen von Extremisten.“ Rücksichtslosigkeit und Gewalt würden zunehmen. Beleidigungen und „Hatespeech“ seien längst nicht mehr nur auf den digitalen Raum beschränkt. „Auch körperliche Übergriffe werden mehr – gerade auf Repräsentanten des Staates, darauf weisen wir schon lange hin“, erklärte Silberbach. Dem entgegentreten sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: „Ich bin fest überzeugt: Unsere Demokratie ist stark. Für sie kämpfen müssen wir trotzdem. Immer wieder aufs Neue. Alle demokratischen Kräfte sind

deshalb gut beraten, sich dieser Entwicklung entgegentzustellen.“

Um die aktuellen Probleme langfristig zu lösen, müsse die öffentliche Daseinsfürsorge wieder verlässlich funktionieren. „Den dbb und seine Mitglieder sehe ich dabei sogar in einer tragenden Rolle. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das Bekenntnis zu ihr stellen schließlich die Handlungsgrundlage für unsere gewerkschaftspolitische Arbeit und ebenso für die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dar“, so Silberbach und machte deutlich: „Gegen schwindendes Vertrauen in den Staat hilft eine konsequente Stärkung des öffentlichen Dienstes. Er ist Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse und in vielfältiger Weise sowohl Dienstleister als auch Multiplikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Das dbb Positionspapier und weitere Hintergrundinformationen gibt es auf www.dbb.de. Zum Thema findet außerdem am 3. Juni 2024 von 15 Uhr bis 16 Uhr ein dbb dialog mit dem Titel „Einigkeit und Recht und Freiheit: 75 Jahre Grundgesetz“ statt. In dem Web-Talk diskutieren Ulrich Silberbach (dbb Bundesvorsitzender), Dr. Benjamin Limbach (Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesministerin a. D.) und Albrecht von Lucke (Jurist, Politikwissenschaftler und politischer Publizist) über die Frage, wie unsere Demokratie, der gesellschaftliche Zusammenhalt sowie die rechtsstaatlichen Institutionen gestärkt werden können und welche Rolle der öffentliche Dienst für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung spielt. Weitere Infos und den Livestream gibt es unter www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-dialog.html.



dbb frauen

75 Jahre Grundgesetz. Es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen und die nächsten Schritte für die Gleichberechtigung von Frauen zu diskutieren.

„75 Jahre Grundgesetz: Das ist ein Meilenstein für Frauenrechte und die Demokratie im Allgemeinen“, betonte Milanie Kreutz, stellvertretende dbb bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 23. Mai 2024.

„In Artikel 3 Absatz 2 ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern festgeschrieben. Dazu brauchte es mutige Kämpferinnen, die sich in dem von Männern dominierten parlamentarischen Rat durchsetzten: Elisabeth Selbert, Helene Weber, Friederike Nadig und Helene Wessel – Die ‚Mütter des Grundgesetzes‘ spielten eine zentrale Rolle bei der Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz.“

In den 75 Jahren seit Einführung des Grundgesetzes gab es viele Errungenschaften und Fortschritte auf dem Feld der Gleichstellung. Denn obwohl die Gleichberechtigung von Frauen und Männern von Beginn an im Grundgesetz festgeschrieben war, wurde sie erst Jahrzehnte danach Stück für Stück umgesetzt: „Frauen dürfen erst seit 1958 ohne die Zustimmung ihres Ehemanns ein Konto eröffnen, eigenes Geld besitzen und arbeiten gehen“, erklärte Kreutz. „Den gesetzlichen Mutterschutz für berufstätige Frauen gibt es erst seit 1968. Heute sehen wir diese Errungenschaften als selbstverständlich an, aber wir müssen stets wachsam bleiben: Das Rad der Zeit lässt sich nämlich leichter zurückdrehen als uns lieb ist.“ Rechte Bewegungen haben kein Interesse an Frauenrechten, Gleichstellung, Gleichberechtigung und Demokratie im Allgemeinen, machte Kreutz deutlich. „Im Gegenteil, in ihren Wahlprogrammen und ihrer Rhetorik finden sich Punkte, diese mühsam erkämpften Rechte wieder zunichtezumachen. Die Verteidigung der Demokratie ist unmittelbar mit der Verteidigung von Frauenrechten verbunden.“

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ - Erweiterung von Artikel 3 Absatz 2 von 1994. In diesem Jahr feiert auch die Ergänzung des Gleichberechtigungsaikels einen runden Geburtstag. Kreutz weiter: „Unser Grundgesetz garantiert Gleichberechtigung, doch echte Gleichstellung ist darin nur als Fördermaßnahme skizziert. Unser Ziel

muss es sein, diese Förderung zur Selbstverständlichkeit zu machen. Denn Gender Pay Gap, Gender Care Gap, Gender Pension Gap und Gewalt gegen Frauen sind immer noch weitläufig verbreitete Probleme, die Frauen das Leben erschweren und große Hürden auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung darstellen.“ Auch Frauen in Führungspositionen seien deutlich unterrepräsentiert, das gelte für den öffentlichen Dienst wie für die Privatwirtschaft, im Ehrenamt und in der Politik. Die dbb frauen und das BMFSFJ fördern daher die Entwicklung und Manifestierung von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst mit dem Modellprojekt ‚Führen in Teilzeit‘. „Wir müssen Frauen gezielt in allen Lebensbereichen fördern. Geschlechterstereotype müssen aktiv bekämpft werden. Die Gesellschaft muss Rollenklischees in Schulen und am Arbeitsplatz abbauen. Die Politik muss die Angebote zur Kinderbetreuung ausbauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, damit sich Frauen nicht mehr zwischen Kind und Karriere entscheiden müssen. Vor allem aber müssen wir Frauen besser vor Gewalt schützen“, forderte Kreutz.

„So wie Elisabeth Selbert und ihre Mitstreiterinnen damals brauchen wir auch heute couragierte und engagierte Frauen, die sich für Demokratie und Gleichstellung einsetzen“, hob die dbb frauen Chefin hervor. Frauenrechte und Gleichstellung seien keine Selbstläufer. „Die Mütter des Grundgesetzes mussten sich durchsetzen und auch heute stehen der Erhalt und Ausbau der Gleichstellung unter zunehmendem Beschuss von autokratischen und rückwärtsgewandten Kräften.“ Kreutz appelliert: „Werden Sie in Gewerkschaften, Politik oder in anderen Organisationen aktiv, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben. Der Kampf ist noch lange nicht vorbei. Gemeinsam können wir eine Gesellschaft schaffen, in der Frauen und Männer nicht nur auf dem Papier, sondern wirklich gleichberechtigt sind!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

dbb berlin wird Senatsentwürfe zur Besoldungsanpassung und Erhöhung der Lebensarbeitszeit genau prüfen

Die beiden Gesetzentwürfe des Berliner Senats befassen sich zum einen mit der Besoldungsanpassung (2024 -2026) und zum anderen mit einer geplanten Anhebung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Land Berlin.

„Wir begrüßen, dass der Senat den Tarifvertrag (TV-L) 1:1 für die Beamtinnen und Beamten übernehmen möchte“, äußerte sich dbb Landeschef Frank Becker am 22. Mai 2024 zu den vorgesehenen Besoldungsmaßnahmen. Auch die ersten Schritte in Richtung Angleichung der Berliner Besoldung an die Bundesbesoldung werden vom dbb berlin grundsätzlich positiv gesehen. Nach den ersten Angleichungsschritten müssten allerdings zuverlässig weitere folgen. „Dann fehlt aber immer noch ein Reparaturgesetz für die A. Erst wenn auch diese Hausaufgabe erledigt ist, darf uns der Senat auch mit der Anhebung der Lebensarbeitszeit kommen“, stellte Becker klar und kündigte eine sehr genaue Überprüfung beider Senatsvorlagen durch seine Organisation an.

Konkret sieht der Besoldungsgesetzentwurf zum 1. November 2024 einen Sockelbetrag in

Höhe von 200 Euro vor. Zum 1. Februar 2025 soll es 5,5 Prozent aus dem Tarifiergebnis zusätzlich einer „ersten Rate“ zur Angleichung an die Bundesbesoldung in Höhe von 0,76 Prozent geben. Im Januar 2026 folgt mit weiteren 0,76 Prozent eine „zweite Rate“ zur Angleichung an die Besoldungserhöhung. Fehlen also noch mindestens 0,39 Prozent Anhebung, wenn man davon ausgeht, dass der Unterschied zur Bundesbesoldung derzeit 1,91 Prozent beträgt.

Nach dem Gesetzentwurf zur Anhebung der Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte soll das Pensionseintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden. Ab 2026 soll sie in acht Schritten steigen. Ausgenommen von der Erhöhung bleiben die Vollzugs- und Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei und Justiz.

Schleswig-Holstein

Fahrradleasing durch Entgeltumwandlung gefordert

Der dbb sh erwartet, dass die Tarifbeschäftigten des Landes zügig in das bereits für Beamtinnen und Beamte bestehende Fahrradleasing-Modell einbezogen werden. Nachdem bereits im Dezember 2023 eine tarifvertragliche Einigung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erzielt wurde, steht die konkrete Umsetzung noch immer aus.

Der Stillstand sei den Beschäftigten, die am Fahrradleasing Interesse haben, kaum noch vermittelbar. Der Grund für die Verzögerung: Die TdL arbeitet noch an Durchführungshinweisen. Solange diese nicht vorliegen, gibt es noch kein grünes Licht für die Länder, Fahrradleasing anzubieten. Dieses Angebot ist aber Voraussetzung für einen entsprechenden Anspruch der Beschäftigten. Das Land Schleswig-Holstein hat bereits zugesagt, die Tarifbeschäftigten einbeziehen zu wollen, muss aber auf die „Freigabe“ durch die TdL warten und zudem die Software-Programme anpassen. Der dbb sh kritisiert, dass die Beschäftigten

nicht rechtzeitig zum Sommer das Angebot nutzen können, zumal es einen Beitrag zur Mobilitätswende und zur Gesundheit leisten kann.

Aktuell sei das Fahrradleasing in Verbindung mit Entgeltumwandlung also nur den Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen (aufgrund einer Regelung im Schleswig-Holsteinischen Besoldungsgesetz) und den kommunalen Tarifbeschäftigten (aufgrund eines bereits im Jahr 2020 abgeschlossenen Tarifvertrages) vorbehalten.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ

Kampf gegen Schwarzarbeit: Zoll will mehr Personal, Technik und Befugnisse

Seit Einführung des Bürgergelds ist ein Anstieg der illegalen Beschäftigung festzustellen. Darauf hat der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel am 16. Mai 2024 in der Sendung „stern TV“ von RTL hingewiesen. Bei den Kontrollen müssten deshalb Schwerpunkte gesetzt und insbesondere die organisierte Schattenwirtschaft in den Blick genommen werden.

Die Bürgergeld-Reform stand und steht in der Kritik, falsche Anreize zu setzen und unter anderem die Aufnahme von Schwarzarbeit zu begünstigen, da sich durch die höheren Regelsätze sowie die Beibehaltung von Hinzuverdienstgrenzen eine legale Arbeit für viele Menschen nicht mehr lohne. Der BDZ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass aufgrund der hohen Dunkelziffer keine belastbaren Statistiken vorliegen würden, die Rückmeldungen aus der Zoll-Praxis einen solchen Anstieg ebenfalls nahelegen würden.

Mögliche Schwarzarbeit etwa im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen durch flächendeckende Kontrollen aufzudecken, hält der BDZ Chef allerdings aufgrund der begrenzten Ressourcen für unrealistisch. Der Fokus müsse stattdessen auf kriminelle Strukturen gelegt werden, die auch die größten Schäden für die Gesellschaft verursachen würden. Liebel: „Die Politik und die ehrlichen Kaufleute er-

warten von uns, dass wir hohe Schadenssummen ermitteln und gezielt gegen organisierte Formen der Schattenwirtschaft vorgehen.“ Dafür und einen insgesamt höheren Kontrolldruck müsse die Zahl der Einsatzkräfte beim Zoll von rund 9.000 auf 15.000 aufgestockt werden. Notwendig seien außerdem bessere Technik und mehr Befugnisse für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Liebel warnte in der Sendung zudem Menschen vor den möglichen Folgen, wenn sie eine Schwarzarbeit aufnehmen, beispielsweise mit Blick auf die Arbeitnehmerrechte. Auch der nicht vorhandene Versicherungsschutz könne beispielsweise bei einem Arbeitsunfall auf der Baustelle sogar zur Schwerbehinderung ohne Absicherung führen, wie sich in der Praxis immer wieder zeige.

Die Sendung in voller Länge (Beitrag zu Schwarzarbeit ca. ab Minute 27:00) gibt es unter <https://plus.rtl.de>.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Haltung zeigen! Durch ganzheitliche Bildung, eigenes Erleben und im Unterricht

Zum 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 23. Mai würdigt der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, die Errungenschaft eines wertebasierten Gesetzeswerkes, das unser Zusammenleben schützt.

Er betont die Relevanz des Wissens darum und fordert: „Das Wissen um das Grundgesetz, die Demokratie und die Regeln unseres gesellschaftlichen Miteinanders müssen einen Platz in Schule behalten. Die Fokussierung auf die sogenannten Kernfächer Deutsch, Mathematik und Sachkunde in der Grundschule kann ihren Teil dazu beitragen, die Bildungserfolge der Kinder besser abzusichern. Trotzdem braucht es für eine ganzheitliche Bildung von Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, auch Zeit für kreative und sportliche Betätigung – und die Möglichkeit, demokratische Prozesse mitzugestalten. Das kann die Mitwirkung in Schulgremien sein, die Arbeit in Schülerfirmen

oder das Wirksamkeitserleben an Projekttagen.“ Der VBE unterstützt darüber hinaus die Aktion „Ich steh auf“, eine Initiative der Robert Bosch Stiftung und der Heidehof Stiftung in Kooperation mit der ARD und der ZEIT Verlagsguppe. Gerhard Brand: „Wir engagieren uns für die Initiative, weil wir in Zeiten von Polarisierung und Fake News für Demokratie und Werte einstehen müssen. Das Zeichen, das mit #IchStehAuf gesetzt werden soll, motiviert alle Schulbeteiligten gleichermaßen. Gerade im Europawahljahr und im Eindruck nahender Landtagswahlen ist diese Initiative ein wichtiges Signal.“

Zudem sieht der VBE-Chef große Herausforderungen durch den Lehrkräftemangel: „Nicht nur, dass Fächer mit politisch orientierten Schwerpunktsetzungen zu denen gehören, die so oft fachfremd unterrichtet werden. Auch sehen wir, dass wenn andere Fächer drohen auszufallen, am ehesten die Politiklehrkraft

dazu beordert wird, lieber ein Kernfach wie Deutsch zu unterrichten. Die Politik muss daher ihre Bemühungen noch deutlich verstärken, ausreichend Lehrkräfte mit den an den Schulen gesuchten Kompetenzen anzuwerben.“

VDL Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt Markus W. Ebel-Waldmann als VDL-Präsident bestätigt

Die VDL Bundesmitgliederversammlung hat am 16. Mai 2024 in Frankfurt am Main Markus W. Ebel-Waldmann in seinem Präsidentenamt für weitere drei Jahre bestätigt.

Die Delegierten wählten den 57-jährigen Diplom-Agraringenieur in geheimer Wahl mit überwältigender Mehrheit (99,3 Prozent). Auch Peter Jung wurde mit überzeugender Mehrheit als Vizepräsident wiedergewählt. Neu in den Bundesvorstand wurde Sebastian Eichelsbacher gewählt. Er tritt die Nachfolge von Dr. Rolf Schwerdtfeger an, der nicht mehr kandidierte. Die Bundesmitgliederversammlung würdigte damit die herausragende Arbeit der Präsidentschaft in den vergangenen drei Jahren.

Zahlreiche durchgeführte Neustrukturierungen haben dem Verband nach innen und außen ein neues Profil gegeben und den VDL zu einem modernen Fach-, Dienstleistungs- und Lobbyverband weiterentwickelt. Mit der Wiederwahl der Präsidentschaft stellten die Delegierten die Weichen für eine kontinuierliche und zukunftsorientierte Verbandsarbeit. „Das hervorragende Ergebnis, das ich mit großer Dankbarkeit zur Kenntnis genommen habe, ist für mich

ein immenser Ansporn, auch künftig die richtigen Antworten auf die berufsständischen Zukunftsfragen in den Bereichen Agrar, Ernährung, Umwelt geben zu können“, so Markus Ebel-Waldmann nach seiner Wiederwahl. „Insbesondere die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt stellt uns vor große Herausforderungen. Wir begreifen die Digitalisierung als Chance. Zahlreiche neue Berufsfelder für unsere Mitglieder sind in den vergangenen Jahren bereits entstanden, zahlreiche werden unter unserer Mitwirkung entstehen und den eingeschlagenen Wachstumskurs beflügeln.“

Markus W. Ebel-Waldmann, der bereits seit Mai 2006 das Präsidentenamt innehat, ist hauptamtlich Betriebsleiter der Stadtwerke Rodgau und Geschäftsführer der Stadtwerke Rodgau Energie GmbH sowie der Energieversorgung Rodgau GmbH. Dem VDL Landesverband Hessen gehört der wiedergewählte Präsident des Bundesverbandes bereits seit 1986 an, 1995 übernahm er den Landesvorsitz.

Namen und Nachrichten

Am 17. Mai 2024 haben die Länder im Bundesrat von der Bundesregierung gefordert, sich nachhaltig an der Finanzierung einer besseren Kita-Qualität zu beteiligen. Zuvor hatten bereits Ende März die Bundesfamilienministerin Lisa Paus und die Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz Sascha Karolin Aulepp in einem „Letter of intent“ angegeben, eine Weiterführung des KiTa-Qualitätsgesetzes anzustreben. Der Bundesvorsitzende des **Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)**, Gerhard Brand, sagte dazu: „Alle wollen, keinen kann? Schon Ende März gab es eine Absichtserklärung der zuständigen Ministerinnen, nun eine Aufforderung der Länder an den

Bund. Die Verfügbarkeit und Qualität frühkindlicher Bildung ist ein zentraler Faktor für den Bildungserfolg eines Kindes. Wenn sich alle einig sind, dass dies gesichert und weiter ausgebaut werden soll, muss man sich schon sehr wundern, weshalb das nicht einfach angepackt wird. Des Pudels Kern ist die Finanzierung und es wäre angemessen, dies auch so in der Öffentlichkeit darzustellen.“ Auch wenn die Legislatur nächstes Jahr ende, brauche es den Mut, eine langfristige und nachhaltige Finanzierung festzulegen. Brand: „Der finanziellen Verantwortung können die Kommunen nicht allein gerecht werden. Es bedarf eben der Investition des Bundes. Dies aus zwei einfachen Grün-

den: Zum einen kann der Bund so die Erreichung der in der Rahmengesetzgebung festgelegten Ziele besser nachhalten und zum anderen kommt er seiner grundgesetzlich verankerten Verantwortung nach, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sorgen.“

Anlässlich des Inkrafttretens des Grundgesetzes vor 75 Jahren fordert der **Deutsche Philologenverband (DPhV)** die Wissenschaftsministerien der Länder auf, die intensive Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz in der ersten Phase der Lehrkräftebildung zu verankern. In einem offenen Brief an die Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister argumentierte die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing: „Das Grundgesetz ist das zentrale Fundament unserer Demokratie und bietet wesentliche Eckpfeiler für unser Schulwesen. Dies in der Lehrkräftebildung an den Universitäten zu ignorieren, können wir uns nicht leisten – nicht zuletzt angesichts zahlreicher aktueller Anlässe, wie zum Beispiel der Bedrohung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und Angriffen auf Politiker, die ‚nur‘ Wahlplakate aufhängen. Die Auseinandersetzung mit unserer Verfassung sollte vertieft an der Universität, also in der ersten Phase der Lehrkräftebildung, erfolgen. Die

Lehramtsstudierenden müssen erfahren und sich darüber klarwerden, was das Fundament ihrer künftigen Arbeit ist.“ So werde unterstützt, dass zukünftige Lehrkräfte über die fachlichen Fähigkeiten hinaus Kenntnisse und reflektierte Haltungen zu demokratischen Werten und Prinzipien vertieft erwerben und kontinuierlich weiterentwickeln könnten.

Der **Verband Deutscher Realschullehrer** hat zum 75-jährigen Jubiläum des Grundgesetzes die Stärkung der demokratischen Werte an Schulen gefordert. „Das Grundgesetz ist der Anker der politischen Ordnung in Deutschland. Die darin zugrunde gelegten Grundwerte sind aber nicht selbsterfüllend. Sie erfordern zwingend, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, verteidigt und gelebt werden. Sie müssen aber auch an jede nachfolgende Generation neu vermittelt werden“, betonte der VDR Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender am 22. Mai 2024. „An den Schulen muss politische Bildung einen festen Platz haben und gelebt werden. Die Lehrkräfte und Verantwortlichen müssen die jungen Menschen auf ihrem Weg zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern bestmöglich unterstützen und sie darauf vorbereiten, die demokratischen Werte zu kennen, zu leben und für sie einzustehen.“

Termine:

3. Juni 2024

**dbb dialog – Einigkeit und Recht und Freiheit: 75 Jahre Grundgesetz
Web-Talk anlässlich des 75. Jubiläums des Grundgesetzes**

Weitere Informationen unter dbb.de/dialog

25. Juni 2024

dbb Symposium – Arbeitszeit neu gedacht

26. Juni 2024

Veröffentlichung dbb Bürgerbefragung 2024